

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
– Drucksachen 17/1685, 17/1740, 17/1741 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Fraktion der SPD unterstützt das gemeinsame Handeln der Europäischen Union zur Abwehr der Spekulationen gegen den Euro und für die Durchsetzung einer neuen europäischen Stabilitätskultur.

Die Fraktion der SPD sieht nach der Bankenkrise 2008 erneut, wie durch das Fehlen von Grenzen und Regeln ein durch bloßes Gewinnstreben geprägtes Verhalten auf den Finanzmärkten zerstörerisch sein kann, wie es zu einer existenziellen Gefahr für die Finanzstabilität in Europa und weltweit werden kann.

In der sozialen Marktwirtschaft ist der Staat der Hüter der Ordnung und als solcher greift er ein. Deshalb geht es um zwei Ziele: Erstens, eine schärfere Regulierung und zweitens, eine verursachergerechte Lastenteilung, die den Finanzsektor an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- international beim G20-Gipfel im Juni 2010 und, wenn das dort nicht möglich ist, auf europäischer Ebene eine führende Rolle bei der Durchsetzung einer Finanztransaktionssteuer einzunehmen, um künftig die Beteiligung des Finanzsektors an der Finanzierung der öffentlichen Hand und an Folgekosten der Krise sicherzustellen;
- zusätzlich sollte die Einführung einer Finanzaktivitätssteuer geprüft werden. Auch sie kann einen weiteren Beitrag zur Heranziehung des Finanzsektors zu den Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise leisten.

Berlin, den 20. Mai 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

